

Königsberger
Allgemeine Zeitung
Herausgeber: Alexander W.

Mitbegründer: Alexander Wynncken

[illegible]

Westpreußens neue Grenzen.

Der deutsche Einspruch gegen die Vergewaltigung des Weichselstreifens. — Die Entscheidung über das ostpreussische Abstimmungsgebiet noch nicht gefallen. — Einzug der deutschen Behörden in Allenstein.

Für eilige Leser

Der Abschied der internationalen Kommission aus
Gießen.
Die Schlacht um Wärschau in polstem Gange.
Des polnische Hauptquartier nach Ostrog verlegt.
Röben von den Poltschmitten genommen.
Rückzug von den Poltschmitten wieder genommen.
Die Wärschauer Beförden in Polen.
Des Reichthums der Poltschmitten in Soidau bloß: ein-
manßret.
Poltschmitten gegen alle Großgrundbesitzer und alle
Polen, die gegen Ausländer kämpfen.
Amerika teilt General Wangel nicht an.
Eine neue Kriegscapitulation — Amerika, Frank-
reich, Spanien, China?
Clond George kündigt die Eingreifen Englands an.
Jesse von den Russen als Sowjetregierung in Polen angetrieben.
Aufhebung des Belagerungszustandes im Saar-
gebiet.

**Auftrag des Oberpräsidenten
an die Grenz- und Ortswehren.**

Ostpreussische Männer!

Unlöst von den Schrecken eines neuen Krieges, erschauern wir Reich, fast schaklos unter dem Druck des Gedankens von Verfall, die unsere osterreichische Heimat gesungen hat die Dichtung des Reiches im Osten in Wien. Streng Neutralität! Im Kampf unserer Nachbarn ist das Wesen der Stunde. Um sich und sicher jede Verletzung der Neutralität zurückzuführen können, um jede Grenzverletzung auszuweichen, vor jeder Seite sie auch kommen, um den Besorgnissen unserer vom Sturm umwühlten Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit zu geben, wird unser Reichswehr und Sicherheitspolizei die Bevölkerung selbst in die Lage setzen können.

Deutscher und Arbeiter, Handwerker und Bürger!
Die geschlossene Front aller christlichen Männer
um die Verteidigung ihrer Heimat muß schon den
Verlust, die Grenzen zu überschreiten, umgünstig machen.
Deutsche Arbeit und deutsche Kultur vor den Schreden des Strickers
bewahrt bleiben. Mit allen deutschen Parteien von der äußersten
Rechten bis zur äußersten Linken will ich mich darin einig, daß die inneren
Verhältnisse unseres Vaterlandes und unserer Provinz nur von uns
Deutschen selbst geregelt werden dürfen. Durchdringung von dem Geiste der
Vereinbarung für das Wohl der mit anvertrauten Provinz genutzte ist
daher

die Bildung von Grenz- und Ortswehren
zum Schutze der Heimat und zur Wahrung der Neutralität, fern jeder An-
gelfschafft. Allen Opfern, ohne Unterschied der Parteien, die gewillt
sind, Heimat und Verfassung zu verteidigen, rufe ich zu:

Die inneren Gegensätze mühen ruhen, solange es sich um die Bewahrung unserer Heimat vor den Schrecken des Krieges handelt. Die Wehrer sollen kein einseitiges Parteiliniment, sondern der Boden sein, auf dem alle Ostpreußen ohne Rücksicht auf ihre Parteilichkeit finden.

Alle bewußten Vereinigungen werden aufgelöst und sind verboten.
Die Mitglieder von Verbindungen, die gewiß sind, sich in die Einzelhaft ein-
zulassen, und sich den ausgesetzten Bedingungen zu unterwerfen, sollen aus-
genommen werden.
Wo jeder sich weihen kann, erfährt er durch Zeilungen und Bekannt-
machungen. Die Condottieri und Krieger sind angewiesen, die Bestim-
mungen, welche zu veröffentlichen sind, zu befolgen.

Die Wehrausschüsse, die über die Aufnahme der einzelnen Angehörigen zu entscheiden, sind sofort zu bilden. Aufgeboten wird erst im Augenblick der Befehl.

Dr. Brandes - Nitsch, Kellergutsbesitzer, Präsident der Landvolk-

Handelskammer; Vorstehermann, Dourot; Hermann, Stadlernd;
Präsident der Handelskammer; Hünnekes-Altenstein, Stadlernd;
Zunisch-Hill, Kaufmann. Jäger, Sekretär des deutschen Land-
wirthschaftsverbandes; Glöseln, Hauptgeschäftsführer, Direktor der „Herkunfts-
kartei“; von Schütz, a. Revisor; Endemann, Rittersgutsbesitzer; Schöne-

1. Vorsitzender: Herr Dr. Seemann, Vorsitzender des Provinzialvorstandes der S. V. D., Mitglied des Landtages.

gegr. Siehr,
Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

[illegible]

Von ähnlichen Auffassungen hat sich offenbar auch die bisherige Selbstschutzhorganisation Ostpreußens bei ihren Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten und den Ministern, sowie bei ihrer Stellungnahme zu den neuen Organisationsplänen bestimmen lassen. Wir entwerfen als folgender

Inhalt:
Bei einer Versammlung der Kreisleiter des Selbstschutzbundes Ostpreußen am 13. August wurden auf das Besondere der vom Oberpräsidenten gegen den Selbstschutz getroffenen Maß-

Das nachstehende Telegramm erging sofort an den Reichspräsidenten, den Reichswehrminister, den Reichsinnenminister, den Reichsentwicklungskommissar und an den Reichsausschuß für Bayern:

Ruhe und Ordnung in Ostpreußen durch Erlass des Oberpräsidenten betr. Selbstschutz auf das Schwert zu stiftend. Veröffentlichung des Erlasses steht unmittelbar bevor. Selbstschutzbund Ostpreußen erbittet dringendst unverzügliche Anweisung an Oberpräsident, Erlass auszuweisen, damit einstellende Kommission

zurückzuführen, bis eine am Dienstag dort eintreffende Kommission Reichsregierung über tatsächliche Lage orientiert hat.

Am den Oberpräsidenten ergiht folgende Erklärung:
 „Im Gefühl der schweren Verantwortung und in dem Wunsch in
 letzter Stunde eine Einheitsfront unserer Provinz zu schaffen, die bei
 der Schaffung und inneren Lage eine unbedingte vaterländische Pflicht

der äußeren und inneren Lage eine ungewisse Zukunft ist, haben wir Ihnen, Herr Oberpräsident, nochmals unsere Selbstschutzborganisation angeboten; die Einplanung unserer Organisation in behördliche Rahmen erkennen wir als selbstverständliche Voraussetzung und hätten dies freudig be-

ausführung ohne weiteres an uns gehen und
grüßt. An den Grundlagen unserer Organisation — örtliche Privat-
Selbstschutzeinheiten, Interessenvertretung dieser innerhalb der Kreise und
dieser wiederum in der Provinz, ehrenamtliche, selbstige
wählte Führer von unten nach oben, Abhebung jeder Partei-
beziehung, jeder Geheimnisbeziehung zur Ge-

Wir stellen daher mit dem Ausdruck des Bedauerns fest, daß Sie, Herr Oberpräsident, die Ihnen zur Verfügung entgegengezeichnete Hand

Im Namen der Selbstschutzbereiche sämtlicher Kreise und Städte
der Provinz Ostpreußen.
18. Dec 18.

[illegible]

Die Noten über Westpreußens Grenzen.

Die Vergewaltigung des Reichsleiters.

[illegible]

Als Grund Person hat die Reichshofrathenversammlung ihrer Vollmacht Grenzen vorgezeichnet: Von einem gemeinlichen Punkte der Ukraine: Polens, Preusslands und der freien Stadt Danzig (hier mit 10 in Gelbde von der im Artikel 101 des Vertrages von Versailles besetzten Annexion) zu bestimmen) bis zu dem Punkte auf dem Fluß der Weichsel, wo die Verwaltungsgrenzen zwischen den Gemeinden Kleinpolen und Grolwiesche Weichsel berührt, eine Gelbde schließende Linie zwischen Stuh und Dreih unter Berücksichtigung folgender Bemerkungen:

[illegible]

Der an das Fenster der Werkstatt stehend, eine im Grunde sehr-
gerade Linie zwischen Kopf und Bein, die den Toten durch seinen
Kurzrock mit allen seinen Anhängen, die Eisenbahnbrücke der
alten Marienbrüder-Mühlentwähe, die Büchertöpfe mit dem ganz
geraden Bein, den Eisenbahnstamm und das Gebeiß bis zum Fuß das noch
je weiter entfernt gelegenen Belobes entspricht und deutlich das
das Dorf Kurzbrod quert. Von dort die im Winkel des
Hinterbogens des Beckens folgende Grenze die zu dem Punkt, wo
die Kerkere des Regierungsbezirks Offenbach die
die Kerkere des Bezirks Offenbach trifft.

Die Geltung der Aufgabe eines jeden Deichs als Bedürfnis zu tragen und zur Entfaltung des Prinzipz jebend zu legen haben, daß jeder Deich, zu dem Grunde gegen Ueberschwemmungen für eine Gemeinde notwendig ist, jenenen Recht zurechnet, in dem muß, zu die die betreffende Gemeinde besitzt. An den Teilen, wo zwei Deiche vorhanden sind, von denen einer der Schutz gegen Ueberschwemmung nicht notwendig ist, sondern diesem

Ueberrumpung der Seeflotte auf der Rückkehr zum Dienst, ist dieser
 allen zuerkannt worden. Auf jeden Fall wird der genannte Grenzlinie
 einzigen Recht, der ein Recht zugesprochen wird, auch die zu seinem Unter-
 stützungsmittel. Es ist zu erwarten, dass die Kommission die Besten-
 des von Versailles wird die oben beschriebene Grenzlinie an Ort und
 Stelle von der im genannten Artikel angegebenen Kommission festgelegt wer-
 den. Diese Kommission wird ebenfalls ebenfalls an dieser Grenzlinie nach
 Untersuchung der Angelegenheiten an Ort und Stelle, die von den anwesenden
 der folgenden Hauptstädten bestimmt werden und in Schiffsangelegenheiten

den fempetant fin diejenigen Veränderungen vorbehalten, die man für Folgen der Ausübung der Rechte, die im Artikel 97 des Grundgesetzes vorgesehen find, als unbedingt notwendig erkannt werden müßten. Die Befreiung der Grenze, die hiermit erfolgt und für die be-
stimmten Parteien so, wie es in dem angegebenen Artikel 97 Absatz 6 bestimmt
verfügblich ist, föhlt die Annerkennung der Souveränität
als auf die obenbeschriebenen Gebiete in sich, die hiermit als hören
zu Deutschland gehören. Die allierten und assoziierten Haupt-
kräfte behalten sich vor, durch spätere Anordnungen die in dem Vertrag

Der deutsche Einspruch.

und den dortigen Regierungen zu übergeben. Der
allgemeine Bevölkerungsmangel in Marienwerder wird diesen Pro
gleichzeitig zur Kenntnis der interessierten Kommi
in Westpreußen bringen.

Der Oberste Rat in Paris hat durch seine Entscheidung über
Preussische Wahlungsgebiete Ost- und Westpreußen 99

Hermann Struve ist nicht mehr! Aus Herrenalb kommt soeben die Trauerkunde von seinem unerwarteten Tode, der dort am Donnerstag eintrat.

Allen Königsbergern ist Hermann Struve noch wohlbekannt; wo er doch von 1803 ab fast zehn Jahre lang Direktor der Königsberger Sternwarte. Struve, der nur ein Alter von 63 Jahren erreicht hat, entstammte einer alten Wissenschaftlerfamilie. Sein Großvater Wilhelm ging

Ein erstes Wort.
Von Direktor Richard Rosenheim.
Unter einem Morgenhimmel, wie er wider niemals über den deutschen
Theatern hing, tritt in diesem Jahr das „Neue Schauspielhaus“ in
die beginnende Spielzeit. Die triffen Nachrichten aus dem Reich, unter denen
die vom Minister Max Reinhardt die deutschen

der Stadt interessierter
kräftige Unter
Wenn einmal die St
der vier Kriegsjahre u
Leistungen, um die Ad
neldet wird, wohl eini
Freiung

der Stadt interessierter
kräftige Unter
Wenn einmal die St
der vier Kriegsjahre u
Leistungen, um die Ad
neldet wird, wohl eini
Freiung

Strona 3 z 4

Reichshof, an dem man sich die verschiedenen russischen Paperrubel mit mißtrauischen Blicken herumschlechte, an Tischen, mit Blumen geschmückt, Offiziere und Soldaten, die ihr Essen und ihre Getränke genau bezahlten, rüchelnde Gläublinge, von ihren Familien tränenden Muges beglückt. Ergreifende und widersprüchsvolle Bilder, die die Einwohner selbst nach der kurzen Freude der Befreiung deunruhigten. Was nun? Die Frage auf allen Lippen. Als Plakat ist angeschlagen:

Befehl 1 des Kommandanten in Soldau.

Ich bin beauftragt, alle Befehle als Divisionskommandeur zu übernehmen. Jeder Verkehr der Zivilbevölkerung ist bis 10 Uhr abends frei. Jede Vergewaltigung, Raub und Plünderung, werden mit dem Tode bestraft und der Schuldige auf der Stelle erschossen. Die Soldaten, die in Einquartierung sind, werden für jede grobe Tat auf schriftliche und Munitio sind sofort bei mir abzuliefern. Nichts folgtung wird streng bestraft laut Befehl der Republik.

Der Kommandant: Ponomerow.

Dem stellvertretenden deutschen Bürgermeister wird von dem russischen Kommissar der Auftrag gegeben, die Stadt in Selbstverwaltung zu übernehmen und einen Bürgerausschuß zu bilden. Nur eine Besatzung wird gestellt: daß kein polnisches Mitglied im Bürgerausschuß sein darf. Eine Zeitungszensur wird nicht eingeführt.

Die Soldaten machten einen disziplinierten Eindruck. Die Frage, ob sich Deutsche bei den Truppen befinden, wurde verneint. Eine Abteilung ist heute mit klingendem Spiel in Richtung Löbau vormalsschier und hat bereits die Bahn nach Deutsch-Eylau überschritten. Die Hauptnachrichtigung geht gegen Thorn-Graudenz-Posen. Die Zerstörung des polnischen Korridors kann in kürzester Zeit erfolgt sein.

Allenstein, 16. August. (Eigene Meldung.) Nach einem dem „Allenstein Volksblatt“ zugehenden Bericht wurde der Antrag der Soldauer Kommunisten auf Einführung der Sowjetverwaltung von dem russischen Zivilkommissar abgelehnt, da sie für die agrarische Bevölkerung nicht geeignet sei. Ein großer Teil der im Kreise Heidenburg weilenden Flüchtlinge ist bereits heimgekehrt. Ein Soldauer Kommunist, der sich über die Ausschmückung der Stadt mit deutschen Fahnen abfällig äußerte, wurde von den heimkehrenden Flüchtlingen verprügelt. Der russische Zivilkommissar traf am 14. August an der Grenze bei Roslau ein und nahm freundliche Beziehungen mit Deutschland auf. Er erkundigte sich nach der Anzahl der in Allenstein befindlichen Truppen und fragte, wann die Entente-Kommission Allenstein verlassen würde. Er bat, möglichst bald den Eisenbahnverkehr mit Soldau wieder aufzunehmen. Der Zivilkommissar erklärte, daß die Russen den polnischen Korridor bis Danzig besetzen würden, um die Einfuhr von Waffen und Munition zu verhindern. Falls Danzig sich neutral verhalte, würde es nicht besetzt werden.

Heidenburg, 16. August. (Eigene Meldung.) Wie die „Heidenburger Zeitung“ erfährt, hat der russische Divisionskommandeur am 13. August abends in der Soldauer Stadtverordnetenversammlung erklärt, er habe offiziell von Moskau durch Radiotelegramm die Anweisung erhalten, daß dieses Gebiet den eingeessenen Deutschen zur Verfügung gestellt werde. Wegen der Neutralität des Deutschen Reiches gegenüber den kämpfenden Parteien könne Deutschland einstweilen die Verwaltung des Landes nicht übernehmen. Er bitte die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß Ruhe und Ordnung im Lande aufrechterhalten bleiben. Wir werden in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten des Landes eingreifen. Bei einer anderen Gelegenheit äußerte der russische Divisionskommandeur, daß die Einrichtung von Sowjets in den deutschen Gebieten gar nicht in Betracht komme, da der Wille der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht darauf gerichtet sei. Polen habe aufgehört zu existieren, die Grenze von 1914 werde wieder hergestellt, Warschau bleibe fünf Jahre lang von

Rußland besetzt und werde dann dem russischen Reiche eingegliedert werden. Der Vertrag von Versailles existiere nicht mehr. In Ilkwo hat ein russischer Kommissar an die russischen Soldaten und an die einheimische Bevölkerung eine öffentliche Ansprache gehalten, in der er darauf hinwies, daß das russische Heer nunmehr in ein Land hoher Kultur gekommen sei und daß es verfehlt wäre, zu glauben, Rußland wolle diesem Lande seine Anschauung und seine Staatsform aufzwingen.

Bolschewikenterror.

Kopenhagen, 14. August. (B. T. B.) Laut „Dansk Tidning“ besteht die Sowjetregierung rücksichtslosen Massenterror gegen die Großgrundbesitzer sowie gegen alle Polen, die an den Kämpfen gegen Sowjetrußland teilgenommen haben, ferner die Beschlagnahme aller landwirtschaftlichen Produkte und aller Waffen der polnischen Bevölkerung sowie die Einquartierung roter Truppen in allen Städten und Dörfern Polens zur Wiederherstellung der Ordnung. Die Lebensnahme Polens durch das russische Proletariat solle auf jede Weise gefördert werden. Ein besonderes Komitee soll eine schnelle und tatsächliche Kolonisation vorbereiten.

Die gefährdete Entente.

Paris, 15. August. (B. T. B.) „Echo de Paris“ wird aus Washington gemeldet: Angesichts der antibolschewistischen Politik Frankreichs und der amerikanischen Note sei in diplomatischen Kreisen in Washington die Meinung verbreitet, daß das Ende des Völkerbundes und die Umgestaltung der Entente bevorstehe. Der Völkerbund und die Entente könnten die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich nicht überleben. Die Absicht Englands, die Sowjetregierung anzuerkennen, bevor ein dauerhafter Friede in Osteuropa hergestellt sei, könnte Amerika und Frankreich auf eine Seite und England auf die andere Seite führen. Die amerikanische Regierung werde jedenfalls Mangel nicht anerkennen, aber man glaube, daß Frankreich und Amerika sich in dem Widerstand gegen die Zerstörung Polens vereinigen werden und spreche deshalb von einer neuen Mächtegruppierung, die Spanien, China, Frankreich und die Länder Amerikas umfasse. Trotz der Beunruhigung, die die wahrscheinliche Auflösung der Entente hervorruft, habe man in Amerika allgemein das Gefühl, daß Frankreich und England freundschaftliche Beziehungen mit einander aufrecht erhalten werden, und daß ihre Zusammenarbeit in einer besonders wichtigen Angelegenheit nicht unmöglich werde.

Washington, 15. August. (Havas.) Das Staatsdepartement bereitet die Antwort auf die französische Note vor. Es erklärt sich darin mit den allgemeinen Grundsätzen der französischen Note einverstanden, glaubt jedoch nicht, daß das für den Augenblick die Pflicht ist sich schließe, die Regierung Wangels anzuerkennen.

Paris, 15. August. (B. T. B.) Die Presse betont den freundschaftlichen Charakter der englisch-französischen Besprechungen und glaubt, daß die Meinungsverschiedenheiten in zwei bis drei Tagen beigelegt sein würden. Immerhin ist zu bemerken, daß der Lösung Hindernisse entgegengetreten sind in der Tätigkeit des Aktionsausschusses der englischen Arbeiterpartei, die nicht nur beschloßen hat, Delegierte nach Paris zu senden zwecks Besprechungen mit Vertretern der „Compagnie generale du travail“, sondern sogar mit der Einstellung der Kohlenlieferungen an Frankreich drohe.

R. Berlin, 16. August. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Nach einer Meldung der Telegraphen-Union erklärte Lloyd George:

Familien-Anzeigen

statt Karlen.

Margarete Müller
Kandidatin des höheren Lehramts
Otto Haaker
Studienrat
Verlobte.

Stettin, 1. Pr. im August 1920.

Sonntag früh entlastet sonst nach langem
mit größter Geduld ertragenem Leiden mein
lieber, lieber Mann, unser alter Vater, Bruder,
Schwager und Enkel, der

Kaufmann

Heinrich Ernst Rosenfeld